

Editorial

Im Kontext gleichgerichteter internationaler Entwicklungen befindet sich das deutsche Bildungssystem in einem tiefgreifenden Transformationsprozess. Dieser äußert sich – quer zu den unterschiedlichen Bildungsgängen und -stufen – in einer Umgestaltung der Steuerungssysteme öffentlicher Bildung. Hierzu zählen wachsende Autonomie der pädagogischen Organisationen, Markt- und Wettbewerbsmechanismen, der Einzug von aus dem privaten Sektor stammenden Managementstrategien, output-basierte Formen der Wirkungskontrolle und die Umgestaltung von Curricula und pädagogischen und didaktischen Methoden. Dies hat unter anderem auch eine polarisierende Kontroverse über die legitimen Inhalte und Methoden erziehungswissenschaftlicher Forschung angestoßen.

Aber wie angemessen ist diese wesentlich von rational-technischen und ökonomischen Imperativen bestimmte neue Steuerungslogik im Bildungssystem im Hinblick auf die komplexen, unterschiedlich gelagerten Voraussetzungen und Bedürfnisse *aller* heranwachsenden oder erwachsenen Adressatinnen und Adressaten von Bildungsangeboten in einer zunehmend fragmentierten sozialen Welt? Wie werden Aspekte der Differenz, Pluralität und Gleichheit in aktuelle politische, schulentwicklerische und curriculare Reformstrategien inkorporiert? Inwieweit sind diese in der Lage, eine inklusive Bildungsprogrammatis mit dem Ziel, vorfindbare Disparitäten in den Bildungserfolgen unterschiedlicher sozialer Gruppen zu minimieren, zu befördern? Eröffnen sie geeignete organisatorische und pädagogische Rahmenbedingungen, um Ziele demokratischer (politischer) Bildung (z.B. differenzsensible und rassismuskritische Bildung und Erziehung in Kindergärten oder Schulen) effektiv und glaubhaft vermitteln zu können? Und inwieweit können sie historische Beziehungen und den Einfluss nationaler oder internationaler Politiken auf die soziokulturellen Grundlagen in unterschiedlichen Gesellschaften als Voraussetzung von Bildungsprozessen reflektieren?

Während die Dynamik und die komplexen Implikationen und Folgen der sogenannten ‚Neuen Steuerung‘ für beinahe sämtliche Aspekte der Bildungswirklichkeit vor allem in den angelsächsischen Ländern seit den 1980er Jahren intensiv und kontrovers diskutiert werden, steckt die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen in der deutschsprachigen erziehungswissenschaftlichen Forschung noch in den Anfängen (vgl. z.B. *Tertium Comparationis*, 2007, 13 (2)). Desiderata der Forschung bestehen insbesondere unter der Fragestellung nach den komplexen Implikationen und Folgen für die Verwirklichung schulpolitischer Ziele der Inklusion, Gerechtigkeit und demokratischen Teilhabe. Die im zweijährigen Rhythmus stattfindende Tagung der Sektion International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft (SIIVE) in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) am 19. bis 21. März 2009 in Münster zum Thema ‚Diversität, Internationalität und Nachhaltigkeit im Kontext aktueller Bildungsreformen‘ war diesen Fragen gewidmet. Der erste Teil der auf dieser

Tagung gehaltenen Vorträge wurde in der Ausgabe *Tertium Comparationis*, 2009, 15 (2) veröffentlicht, der zweite Teil wird in diesem Themenheft dokumentiert. Dabei gehen die ersten beiden Beiträge spezifisch auf das Thema der Münsteraner Tagung ein. Drei weitere Texte behandeln allgemeinere Fragestellungen im Feld der interkulturellen und international vergleichenden Bildungsforschung.

Die Frage nach den Zusammenhängen von Bildung, Region und der Reproduktion sozialer Ungleichheit stand bereits in den 1960er und 1970er Jahren im Zentrum bildungsreformerischer Initiativen zur Förderung von Chancengleichheit. *Thomas Höhne* betrachtet in seinem Beitrag ‚Bildungsregionen – Zur bildungspolitischen Konstruktion neuer Bildungsräume‘ die gegenwärtige Redefinition der Bildungsregion als Ansatz bildungspolitischer Steuerung. Dabei stellt er vier konstituierende Elemente heraus: die Erprobung neuer Steuerungsinstrumente und -formen in kurzfristigen Pilot- und Modellprojekten; das Auftreten neuer Akteurskonstellationen aus Staat, Wirtschaft und transnationalen Organisationen; eine neue Kompetenzverteilung zwischen trans- und subnationalstaatlicher Steuerungsebene; Autonomie als neues Paradigma politischer Steuerung. Der Autor arbeitet die modernisierungspolitischen Implikationen in zweifacher Hinsicht heraus: Region als politisch konstruierter, intermediärer Raum und Bildungsregion als Standortfaktor. Aus diesen Befunden werden drei Problembereiche der Entwicklung von Bildungsregionen abgeleitet: Die Entwicklung von Disparitäten zwischen unterschiedlichen Regionen als Verstärkung von Benachteiligung durch eine wettbewerbsorientierte Standortpolitik, die Einbindung privater Akteure in die Bildungs- und Schulpolitik und die Individualisierung sozialstruktureller Probleme.

Die neuen Governance-Formen haben auch die Diskussionen über die Erfordernisse der – nicht nur, aber wesentlich – migrationsbedingten Pluralisierung im Bildungsbereich geprägt. Aktuell populäre Konzepte wie ‚Interkulturelle Öffnung‘, ‚Diversity Management/Mainstreaming‘ oder ‚Qualitätsentwicklung‘ mit Bezug auf die ‚Heterogenität‘ von Bildungsvoraussetzungen markieren eine Verlagerung der Aufmerksamkeit von den Individuen auf die *Organisationen* als Interventionspunkt. Dabei werden allerdings, wie *Mechtild Gomolla* argumentiert, Erscheinungsformen institutioneller Diskriminierung in Theorie und Praxis kaum berücksichtigt. In ihrem Beitrag ‚Differenz, Anti-Diskriminierung und Gleichstellung als Aufgabenfelder von Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich: Konzeptionelle Überlegungen in Anlehnung an die Gerechtigkeitstheorie Nancy Frasers‘ werden die theoretischen Grundlagen für umfassendere migrationspädagogische Strategien genauer bestimmt, die rassismus- und diskriminierungskritische Bildung und Erziehung mit der gezielten Entwicklung der pädagogischen Organisationen unter Zielen der Anti-Diskriminierung und demokratischen Teilhabe verbinden. Dazu wird zunächst im Rückgriff auf die Gerechtigkeitstheorie Nancy Frasers ein breiterer analytischer Rahmen gespannt. Vor diesem Hintergrund werden etablierte und neuere bildungspolitische und pädagogische Antworten

auf Migration diskutiert. Als innovatives Modell wird das Projekt ‚Kinderwelten: Vorurteilsbewusste Bildung in Kindertageseinrichtungen‘, das Fragen des Rassismus, der Diskriminierung und Gleichstellung in der Vorschulerziehung behandelt und dabei auf der pädagogischen und der organisatorisch-strukturellen Ebene gleichermaßen ansetzt, unter Einbezug empirischer Befunde einer Begleitstudie der Autorin ausführlicher diskutiert.

Aktuellen Erhebungen zufolge besitzt Deutschland den höchsten ‚turnover‘ der Migrantenpopulation unter klassischen und neuen Zuwanderungsländern. *Anatoli Rakhkochkine* erörtert in seinem Beitrag die Bildungssituation von Kindern im Kontext zirkulärer Migration und transnationaler Mobilität. Dabei werden verschiedene familiäre Migrationssituationen unterschieden: die gemeinsame Migration einer Familie, eine Migration der Eltern bei gleichzeitigem Verbleib der Kinder im Herkunftsland und eine Rückkehr ins Herkunftsland nach zeitweiliger Migration. Der Autor arbeitet die jeweilige Bildungssituation und die Bildungsbedürfnisse dieser Kinder heraus und benennt Desiderate in der schulpädagogischen Forschung sowie in der institutionellen, curricularen und pädagogisch-didaktischen Gestaltung von Bildungsangeboten. Die vorhandenen Angebote, die den Bedürfnissen der Mit- und Remigrierenden angepasst sind, beschränken sich noch auf bilinguale und Internationale Schulen, deren Besuch vom sozioökonomischen Status der Eltern oder der Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen abhängig sei. In den allgemeinbildenden Schulen seien im Hinblick auf diese Gruppen von Schülerinnen und Schülern insbesondere die muttersprachlichen Angebote noch verbesserungsbedürftig sowie die institutionelle und curriculare Anschlussfähigkeit der jeweiligen Schulsysteme.

In Griechenland hat die Regierung Ende der 1990er Jahre eine umfassende Bildungsreform gestartet, um das Erziehungssystem auf pädagogisch bedeutsame Entwicklungen im nationalen (Bildungsungleichheiten, Migration) wie im internationalen Umfeld (Globalisierung, gemeinsamer europäischer Bildungsraum, Förderung einer europäischen Bürgeridentität) einzustellen. Erstmals wurde interkulturelles Lernen in den Lehrplänen verankert. *Christos Govaris* stellt in seinem Beitrag ‚Interkulturalität in den Sprachbüchern der griechischen Volksschule – Eine kritische Bestandsaufnahme‘ eine qualitativ empirische Untersuchung von Schulbüchern vor, die in griechischen Volksschulen verwendet werden. Er fragt nach der bildungspolitischen Rezeption interkultureller Erziehungsdiskurse und analysiert anhand von Sprachbüchern für die 1., 2. und 4. Klasse die Konzepte und pädagogischen Ziele des griechischen Erziehungssystems hinsichtlich Migration. Vorangestellt wird eine Analyse der aktuellen Lehrpläne und des darin niedergelegten Verständnisses von Kultur und kulturellen Differenzen. In Anlehnung an eine von Marianne Krüger-Potratz vorgeschlagene Systematisierung interkultureller Diskursstränge arbeitet der Autor an Ausschnitten aus dem Schulbuchmaterial detailliert heraus, dass sich die Schulbücher sowohl an universalistischen Prinzipien wie an einem essentialistischen Verständnis kultureller Diffe-

renzen orientieren und weist auf ein insgesamt problematisches Verständnis der Anerkennung kultureller Heterogenität hin.

Der Nexus von Nationalstaat, öffentlicher Bildung und Sprache ist ein Schlüsselthema interkultureller Bildungsforschung. *Jeff Bale* setzt in seinem englischsprachigen Artikel ‚When Arabic is the ‘Target’ Language: Title VI, National Security, and Arabic Language Programs, 1958–1991‘ an Ereignissen der jüngeren amerikanischen Geschichte an: am offensiven Rekurs auf Interessen nationaler Sicherheit in aktuellen bildungspolitischen Debatten über den schulischen Fremdsprachenunterricht im Kontext des zweiten Irakkrieges. Der Artikel präsentiert Ergebnisse einer interpretativen Policy-Studie, die der Frage nachgeht, welche Rolle nationale Sicherheitsideologien für sprachliche Bildungsprogramme in den USA spielen. Der Fokus liegt auf Programmen zum Erwerb der arabischen Sprache, die im Rahmen des sogenannten ‚Title VI‘-Programms zwischen 1958 und 1991 umgesetzt wurden. Damit sucht der Autor zu einem genaueren Verständnis aktueller Verbindungen von Sprachbildungspolitik mit nationalen Sicherheitsinteressen wie der Kontroverse über die effektive Gestaltung von Spracherziehung – auch unter Zielen einer mehrsprachigen und gerechten Gesellschaft – beizutragen.

An dieser Stelle sei den Autoren für die Bereitschaft, ihre Vorträge auszuarbeiten gedankt. Ein herzlicher Dank geht auch an Heike Poppendieker für die redaktionelle Betreuung dieses Heftes.

Mechtild Gomolla
Helmut-Schmidt-Universität/
Universität der Bundeswehr Hamburg
Martina Weber
Goethe-Universität Frankfurt am Main